

# Laibacher Zeitung.

Nr. 82.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Anstellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 11. April

Insertionsgebühr bis 20 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 60 kr., 3mal 60 kr.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1872.

## Nichtamtlicher Theil.

Mit Allerhöchster Zustimmung Sr. k. und k. Apostolischen Majestät haben Ihre kaiserliche Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Gisela Sich am 7. d. M. mit Sr. königlichen Hoheit dem durchlauchtigsten Prinzen Leopold von Baiern im königlichen Schlosse zu Ofen verlobt.

Sr. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 1. April d. J. dem Minister des kaiserlichen Hauses und des Aeußern Julius Grafen Andrássy von Esikzentkiraly und Krasznahorka die Annahme und das Tragen des ihm vom souverainen Johanniter-Orden mit der Würde eines Ehren-Pailli verliehenen Devotions-Großkreuzes dieses Ordens allergnädigst zu gestatten geruht.

## Gesetz vom 1. April 1872

betreffend die Handhabung der Disciplinargewalt über Advocaten und Advocaturcandidaten.

Zur Ausführung des § 33 der Advocatenordnung vom 6. Juli 1868, Z. 96 R. G. Bl., finde Ich mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes das nachstehende Disciplinarstatut für Advocaten und Advocaturcandidaten zu erlassen und anzuordnen, wie folgt:

Art. 1. Vom Tage der Kundmachung dieses Gesetzes richtet sich die Disciplinarbehandlung von Advocaten und Advocaturcandidaten nur nach dem beiliegenden Disciplinarstatute.

Auch anhängige Disciplinarfälle sind nach demselben zu behandeln.

Art. 2. Alle bestehenden Gesetze und Verordnungen, welche sich auf Gegenstände beziehen, die durch dieses Disciplinarstatut geregelt werden, insbesondere die betreffenden Bestimmungen der Gerichtsordnungen so wie der zu denselben erlassenen späteren Gesetze und Verordnungen, dann der provisorischen Advocatenordnung vom 16. August 1849, R. G. Bl. Nr. 364, treten außer Wirksamkeit.

Art. 3. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes ist der Minister der Justiz beauftragt.

Ofen, am 1. April 1872.

Franz Joseph m. p.

Auersperg m. p.

Glaser m. p.

## Disciplinarstatut für Advocaten und Advocaturcandidaten.

### Erster Abschnitt.

#### Von der Aufsicht über Advocaten.

§ 1. Die Aufsicht über die in der Advocatenliste eingetragenen Advocaten wird zunächst von dem Ausschusse der betreffenden Advocatenkammer ausgeübt.

Das oberste Aufsichtsrecht steht dem Justizminister zu.

§ 2. Ein Advocat, welcher die Pflichten seines Berufes verlegt oder welcher in- oder außerhalb seines Berufes durch sein Benehmen die Ehre oder das Ansehen des Standes beeinträchtigt, unterliegt der Disciplinarbehandlung durch den zuständigen Disciplinarrath.

§ 3. Die in diesem Disciplinarstatute für Advocaten gegebenen Bestimmungen finden auch auf die in die Liste der Kammer eingetragenen Advocaturcandidaten analoge Anwendung.

§ 4. Wer die Eintragung in die Liste der Advocaten oder Advocaturcandidaten ungeachtet eines ihm entgegenstehenden Hindernisses erschlichen hat, ist gleichfalls nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zu behandeln.

### Zweiter Abschnitt.

#### Von dem Disciplinarrathe.

§ 5. Am Sitze jeder Advocatenkammer ist für den Umfang ihres Sprengels in der Regel ein eigener Disciplinarrath zu bestellen.

Er besteht mit Einschluß des Präsidenten, wenn die Zahl der in die Liste der Kammer eingetragenen Advocaten weniger als 50 beträgt, aus sieben; wenn die Zahl der Advocaten 50 oder mehr, jedoch höchstens 100 beträgt, aus neun, und wenn sie 100 übersteigt, aus 15 Mitgliedern; ferner aus vier, wo aber 15 Mitglieder sind, aus sechs Ersatzmännern.

Bei dem Disciplinarrathe fungirt ein Anwalt der Kammer mit Einem, bei größerem Geschäftsumfange mit zwei Substituten.

§ 6. Ueber einverständlichen Antrag der Advocatenkammern benachbarter Sprengel innerhalb desselben Oberlandesgerichtsprengels kann der Justizminister verfügen, daß von den Kammern dieser Sprengel ein gemeinsamer Disciplinarrath am Sitze der einen oder anderen Kammer bestellt werde.

Diese Verfügung kann der Justizminister auch ohne solchen einverständlichen Antrag nach Einvernehmung der beteiligten Kammern treffen, wenn eine dieser Kammern weniger als 25 Mitglieder zählt.

Er kann aber auch, wenn eine Kammer, die weniger als 25 Mitglieder zählt, es ablehnt sich an der Bestellung eines gemeinsamen Disciplinarrathes zu betheiligen, die Disciplinargelegenheiten derselben an den Disciplinarrath einer anderen Kammer ständig übertragen.

Ist ein gemeinsamer Disciplinarrath bestellt, so sind die Beitragsleistungen dieser Kammer zu den Kosten des Disciplinarrathes, sofern zwischen ihnen nichts Anderes vereinbart wird, nach dem Verhältnisse der Anzahl der zu jeder dieser Kammern gehörigen Advocaten zu bestimmen.

§ 7. Der Präsident, die Mitglieder und Ersatzmänner des Disciplinarrathes so wie die Anwälte und Anwaltssubstituten werden in der Plenarversammlung der Advocaten, und wenn ein gemeinsamer Disciplinarrath zu bestellen ist (§ 6), in einer gemeinschaftlichen Plenarversammlung der beteiligten Kammern auf dieselbe Art wie der Ausschuss (§ 24 der Advocatenordnung) auf drei Jahre gewählt.

Auch der Präsident und die Mitglieder des Ausschusses können in den Disciplinarrath und zur Stelle eines Anwaltes oder Anwaltssubstituten gewählt werden.

Das Ergebnis der Wahl ist jederzeit dem Oberlandesgerichte, dem obersten Gerichtshofe und dem Justizminister anzuzeigen.

Die Ersatzmänner haben nach der Reihenfolge, in der sie gewählt wurden, und nur, wenn sich der Fall einer Verhinderung oder Ablehnung von Mitgliedern ergibt, an dessen Stelle zu treten.

Die Anwaltssubstituten treten blos in Verhinderungsfällen des Anwaltes an seine Stelle.

Die Geschäftsordnung hat zu bestimmen, wie viele Mitglieder des Disciplinarrathes nach Ablauf des ersten und des zweiten Jahres auszulösen und durch Neuwahlen zu ersetzen sind.

Der Präsident und der Anwalt können in die Auslösung nicht einbezogen werden.

§ 8. Jedes Mitglied der Advocatenkammer ist verpflichtet, die Wahl in den Disciplinarrath oder als Anwalt anzunehmen, kann jedoch nach Ablauf der Funktionszeit für die nächste Wahlperiode die Wiederwahl ablehnen.

Der Präsident und die Mitglieder des Ausschusses einer Kammer können die Wahl in einen gemeinsamen Disciplinarrath ablehnen, wenn der Sitz des Disciplinarrathes mit dem Sitze dieser Kammer nicht zusammenfällt.

Ob die Ablehnung aus anderen Gründen zulässig sei, darüber hat von Fall zu Fall die Plenarversammlung der Advocatenkammer endgültig zu entscheiden.

Wer, nachdem die Plenarversammlung der Kammer den Grund für Ablehnung der Wahl für ungenügend befunden hat, dennoch die Wahlannahme oder die Fortführung des Amtes verweigert, ist von der Kammer zu einer Strafe von zwanzig bis hundert Gulden, welche in die Kammerkasse zu zahlen ist, zu verurtheilen und für eine bestimmte Zeit, deren Dauer sogleich auszusprechen ist, des Wahlrechtes und der Wahlbarkeit in der Advocatenkammer verlustig zu erklären.

Gegen diese Entscheidung der Kammer findet kein Rechtsmittel statt.

§ 9. Neben dem Präsidenten muß wenigstens die Hälfte der Mitglieder und Ersatzmänner des Disciplinarrathes am Sitze des Letzteren ihren Wohnsitz haben.

Der Anwalt und die Anwaltssubstituten können nur aus den am Sitze des Disciplinarrathes wohnhaften Advocaten gewählt werden.

§ 10. Die Mitglieder des Disciplinarrathes und die Anwälte haben ihr Amt unentgeltlich auszuüben.

Inwiefern ihnen bare Auslagen, insbesondere jene Kosten aus der Kammerkasse zu vergüten seien, welche sie bei den aus Anlaß ihrer Berufsausübung vorfallenden Reisen aufzuwenden haben, bestimmt die Geschäftsordnung.

(Fortsetzung folgt.)

Sr. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 4. April d. J. dem Hof- und Gerichtsadvocaten in Wien Dr. Ludwig Fleisch in Anerkennung besonders verdienstlicher Leistungen das Ritterkreuz Allerhöchsthies Leopold-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Sr. k. und k. Apostolische Majestät haben dem Botschaftern v. Ambrozj die k. k. Kämmererswürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Sr. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 4. April d. J. dem Sectionsrath im Ministerium des Innern Dr. Ottokar Weingartner Edlen v. Münzberg den Titel und Charakter eines Ministerialrathes, dann dem Leiter der Hilfsämter der Präsidialkanzlei, Adjuncten Victor Reuterer den Titel und Charakter eines Hilfsamtersdirectors, beide mit Rücksicht der Tugenden allergnädigst zu verleihen geruht. Kaiser m. p.

Sr. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 4. April d. J. den mit dem Titel und Range eines Ministerialsecretärs bekleideten Statthaltereiconcipisten Friedrich Knoch zum Ministerialsecretär zweiter Klasse im Ministerium des Innern allergnädigst zu ernennen geruht. Kaiser m. p.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den beteiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Victor Ritter v. Ofenheim, Vicomte Arthur de Maistre, Dr. Eduard Sochor, Albert Wahl, Emanuel Ziffer und Heinrich Freiherrn Pereira-Arnstein die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Allgemeine Transportmittel-Verkehrsgesellschaft“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat auf Grund der erhaltenen Allerhöchsten Ermächtigung und im Einvernehmen mit den beteiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Wenzel Freiherrn v. Enis, Julius Ritter von Sonnenstein, Salomon Kohn, Dr. Mathias Koreff und Dr. Franz Zunterer die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Allgemeine Prager Bank“ mit dem Sitze in Prag erteilt und deren Statuten genehmigt.

Am 9. April 1872 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XVI. und XVII. Stück des Reichsgesetzblattes — vorläufig blos in der deutschen Ausgabe — ausgegeben und versendet.

Das XVI. Stück enthält unter Nr. 40 das Gesetz vom 1. April 1872 betreffend die Handhabung der Disciplinargewalt über Advocaten und Advocaturcandidaten.

Das XVII. Stück enthält unter Nr. 41 das Gesetz vom 31. März 1872 enthaltend Uebergangsbestimmungen zur Sicherstellung des erhöhten Friedensstandes der 25 Cavallerieregimenter, welche sich aus den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern ergänzen; Nr. 42 das Gesetz vom 1. April 1872, womit der § 2 des Gesetzes vom 14. Mai 1869, R. G. B. Nr. 63, über die Errichtung von Gewerbegerichten abgeändert wird; Nr. 43 das Gesetz vom 1. April 1872 betreffend die Vollziehung von Freiheitsstrafen in Einzelhaft und die Bestellung von Strafvollzugscommissionen.

(Wr. Ztg. Nr. 80 vom 9. April.)

## Nichtamtlicher Theil.

### Die Lage in Croatien

Ist nach den übereinstimmenden Berichten der competenten Journale eine der im Böhmerlande ähnliche. Im croatischen Parteigetriebe wogt es noch so wild durcheinander, daß ein richtiges Urtheil über die Situation äußerst schwierig ist. Bald wird aber der letzte Schleier fallen und aus dem versammelten Landtage der königreiche Croaten und Slavonien wird die wahre Sachlage hervortreten. Aus dem Gewirre, welches wie ein Chaos derzeit unenträthsel vor uns liegt, wird dennoch noch feste Ordnung ersichen, welche die losen Elemente zu einem unverrückbaren Ganzen verbinden, die feindlichen Mächte verjähren und einander friedlich dem Ziele näher bringen soll. Das Ausgleichsgesetz vom Jahre 1868 hat dieses Ziel umschrieben und mit unausslöschlichen Buchstaben der Zukunft übergeben. Was auch immer geschehen mag, dieses Gesetz muß alle Parteien vereinigen, selbst diejenigen, welche zu Veränderungen drängen. Der nächste Landtag soll in dieser Richtung fruchtbar sein und



dem langen, resultatlosen Gezänke einen Niegel vorschieben, darf nicht nur von Parteimännern beschickt werden, sondern in erster Reihe von Patrioten. Endlich wird der Patriotismus, die gesunde Vernunft, der klare Verstand zum Siege des Gesezes, zum Frieden führen!

Wenn alle Parteien mit vereinten Kräften dieses Ziel verfolgen, so wird auch Croatien in den Besitz aller so heiß erwünschten, consolidirten, geregelten Zustände gelangen und das Land einen raschen, erfolgreichen Aufschwung nehmen.

Die ungarischen Blätter „P. Naplo“ und „P. Lloyd“ rufen der nationalen Oppositions-Partei anlässlich der Einberufung des croatischen Landtages sehr ernste Worte der Ermahnung zu. Lasse sie sich nur durch staatsmännische Erwägungen und nicht durch Leidenschaften leiten, begimme sie insbesondere nicht mit Drohungen und Verunglimpfungen des zu Recht bestehenden Vertrages, verliere sie vielmehr den Boden der Gesezlichkeit auch nicht einen Augenblick unter den Füßen, dann werde eine Verständigung, welche noch in höherem Grade im Interesse Croatiens, als in jenem Ungarns liege, wesentlich erleichtert werden. Insbesondere schließt „Naplo“ seinen Appell an den gesunden Menschenverstand der croatischen Opposition mit folgenden Worten: „Also Klugheit, Besonnenheit, Selbstkenntniß. Man hüte sich in Agram vor Uebertreibung und einer überflüssigen Verwicklung der Sache. Ungarn gegenüber können die croatischen Politiker am weitesten gelangen, wenn sie sich mit vollständig gutem Willen auf den gesetzlichen Boden stellen und dort erfüllbare Ansprüche formuliren.“

Die Opposition der slavischen Zungen gegen den Verfassungsfortschritt, gegen die Erstarkung des Verfassungslebens, gegen die Entwicklung der verfassungsmäßigen Saat auf dem Boden der Verfassung ist bereits in ein bedenkliches Stadium getreten; das Lösungswort der slavischen Zungen ist — wir bedauern es — gegen die Reichseinheit gerichtet. Die slavische Oppositionspartei in Böhmen hat ihre Gesinnungsbrüder auch in Croatien gefunden. Auch die südslavische Oppositionspartei in Croatien stößt ihre Schmerzensschreie gegen Ungarn aus und gibt der „Agramer Zeitung“ Anlaß, die politische Action in Croatien einer eingehenden Beurtheilung zu unterziehen. Das genannte Blatt läßt sich vernehmen, wie folgt: „Ernst ist unsere Zeit, ein jeder Schritt, der hüben und drüben geschieht, ist schwerwiegend in der Waagschale des Geschickes der österreichisch-ungarischen Monarchie im Allgemeinen und daher auch insbesondere in jenem unseres Vaterlandes.“

Es haben sich bereits jene Elemente, die nur ihre selbstsüchtigen Zwecke verfolgen, unbekümmert um das Wohl und Wehe des Gesamtstaates, in der ganzen Monarchie dahin geeinigt, das Bestehende zu zerstören und Utopien, denen jeder praktische Werth abgesprochen werden muß, an dessen Stelle zu setzen.

Dieser Schritt der Malcontenten in der österreichisch-ungarischen Monarchie hatte bereits Folgen in Böhmen und zwang die Regierung Sr. Majestät, mit aller Strenge der Geseze gegen die Störer der öffentlichen Ruhe vorzugehen, wollte sie nicht zusehen, wie das Gesez und die gute Moral öffentlich verhöhnt, wie Ruhe, Ordnung und Sitte untergraben und ein Zustand in der Monarchie geschaffen wird, der nur mit vollständiger Anarchie zu vergleichen ist.

Einen solchen Zustand wollen unsere politischen Gegner nun auch in Croatien und Slavonien herbeiführen. Zur Illustration dieser unserer Behauptung wollen wir ein wenig den Schleier, mit dem die neueste Geschichte der Parteien in unserem Lande bedeckt ist, in etwas lüften.

Es ist Jedermann in unserem Vaterlande wohl bekannt, durch welche verwerflichen Mittel die Opposition in Croatien vorigen Jahres bei den Landtagswahlen siegte und wie sie diesen ihren Sieg hauptsächlich diesem Umstande zu verdanken hatte, daß sie auf ihre Fahnen „die Revision des Ausgleichsgesezes“ schrieb.

Unter dieser guten Firma und gut angelegten Maske gelang es ihr die öffentliche Meinung irre zu führen, indem Jedermann glaubte, die croatische Opposition habe die staatsrechtliche Frage in Croatien fallen gelassen und werde sich in Zukunft nur mit innern Reformen beschäftigen wollen.

Die Opposition in Croatien hat jedoch diese gute Meinung, die man gelegentlich der vorjährigen Wahlen von ihr hatte, arg getäuscht, und wir haben zahlreiche Beweise in Händen, wie sehr gegenwärtig die Wähler Croatiens und Slavoniens ihre vorjährige Wahl beklagen.

Dieses Bedauern, durch das falsche Spiel der croatischen Opposition irregeleitet worden zu sein, ist auch vollständig gerechtfertigt. Es haben sich Männer, die vorigen Jahres auf's heiligste versicherten, das Unionsgesez mit Ungarn aufrecht erhalten und nur dessen Revision zu Gunsten unseres Vaterlandes anstreben zu wollen, durch ihre politischen Leidenschaften geblendet, außerhalb des gesetzlichen Bodens (des Unionsgesezes) gestellt, sie unterschrieben das Manifest vom 20. September 1871, zerrissen hiedurch den mit der Nation eingegangenen Pact, das Unionsgesez hoch zu halten, obschon sie dies

vor kaum einigen Monaten dem Volke zugeschworen, und vernichteten dadurch den letzten Rest des Vertrauens, welches ihnen die Nation noch damals entgegenbrachte.

Sie blieben jedoch hierbei nicht stehen, sie calculirten ganz richtig, als sie das Vertrauen im Lande zu sich schwinden sahen, als das Volk unter ihrer heuchlerischen Maske Tendenzen erblickte, die fürs Vaterland zu gefährlich, weil unberechenbar, sie durchblickten, wie es für sie opportun wäre, mit der Landtagsmajorität im Saale mit der ungarischen Regierung einen Tractat einzugehen, der ihnen nicht nur die Majorität im Landtage erhalten, sondern auch die Gewalt und die Herrschaft im Lande in die Hände spielen würde, wo sie dann im Besitze dieser Macht freies Spiel hätten, mit ihrer extremen Politik hervorzutreten und die Utopien derselben zu verwirklichen.

Hiebei waren sie, die großen Volksredner und nationalen Volksbeglückter klein, sehr klein, sie wichen Schritt um Schritt, ja sie waren bereit hinter jenen Rahmen zu treten, welchen das Ausgleichsgesez der Autonomie Croatiens und Slavoniens anweist, wenn ihnen nur die Gewalt und die Macht, d. i. die Regierung in in Croatien und Slavonien eingeräumt worden wäre.

Sollten dies die Herren Gegner leugnen, nun so können wir ihnen so lange nicht glauben, bis sie nicht mit jenem in Pest am 3. Februar 1872 abgeschlossenen Vertrage, jedoch mit dem ungefälschten Vertrage, an die Öffentlichkeit treten, und es ist jedenfalls sehr verdächtig, daß sie dies nicht bereits gethan haben.

Dieses Spiel, so fein es auch angelegt war, wurde jedoch durchschaut und es blieb bei dem eifrigen Versuche unserer Gegner, zur Macht zu gelangen. Sofort lehrten nun unsere Gegner zum Manifeste vom 20. September 1861 zurück, und es wurden Adressen und Beschlüsse in Scene gesetzt, welche diesen Schritt unserer Opposition gut hießen. Es wurde zugleich aller Geiſter und aller Schmutz, den unsere Gegner stets bei der Hand haben, auf die vaterländische Regierung und auf die nationale Verfassungspartei geworfen, um dadurch den eigenen empfindlichen Fall zu verdecken. Die Kugel kam ins Rollen, von Tag zu Tag sehen unsere Gegner den Boden unter sich schwinden.

Eine solche Lage treibt unsere Gegner zu v. r. z. w. e. l. c. h. e. n. Schritten, zu Fehlritten, und benimmt ihnen jede Ruhe und Besonnenheit um so mehr, als es ihnen durch die energischen Maßregeln unserer Regierung unmöglich geworden, ruhige Bürger zu terrorisiren.

Ein solcher Schritt war die am 21. und 22. v. M. gelegentlich des Verweilens der Czechenführer Strejschowski und Oliva in Agram beim Advocaten Kreſtic abgehaltene Versammlung, welche einstimmig ein solidarisches Vorgehen mit den czechischen Brüdern und mit einer bedeutenden Majorität, trotz des Einspruches der Herren Mozuranc und Kukuljovic eine Deputation an Kossuth nach Turin zu entsenden beschloß, um selben nach Croatien einzuladen.

Dies sind bereits allbekannte, auf unumstößlicher Wahrheit beruhende Thatsachen, und es ist vergeblich die Ablehnung derselben. Vergeltens nennt die „Südl. Corr.“ diese Thatsachen „Verleumdungen Croatiens!“ Vergebens verbergen sich unsere Gegner hinter die Loyalität Croatiens. Wir haben es ihnen bereits zu hundert malen gesagt und wiederholen es ihnen noch einmal, daß nicht sie Croaten sind, noch es, Gott sei's gedankt, sein können. Croatien ist loyal, aber unsere Gegner sind es nicht, denn sie nähern sich dem Boden der Revolution, welchen zu betreten Croatien perhorrescirt und den es nie betreten wird, daß können sie versichert sein.

Wir könnten noch andere Thatsachen anführen, begnügen uns aber vorerhand mit der Versicherung, daß wir ihre Drohung mit dem Tage der Vergeltung, den sie abwarten können, ganz einfach verlassen.

Wir constatiren schließlich als eine erfreuliche Thatsache den Ton der Zustimmung und des Unbehagens in allen oppositionellen Blättern Croatiens und Slavoniens, wozu sie freilich genug Grund haben, da der Boden unter ihren Füßen wankt, den Schmerzensschrei der „Südslavischen“ aber müssen wir als die Klage eines Pharisäers betrachten, der über die Verdorbenheit der Welt Krokodilstränen weint.“ —

Wir haben dem Nachbarlande Croatien deshalb einen größeren Raum unserer heutigen Nummer gewidmet, um das verderbliche und reichschädliche fanatisch-nationaler Gelüste überhaupt nach Gebühr illustriren und die an die Oppositionspartei in Croatien gerichteten Mahnrufe an eine nähere Adresse recapituliren zu können.

### Die deutsche Chronrede.

Der deutsche Reichstag wurde am 8. d. M. um 2 Uhr Nachmittags in Berlin eröffnet. Fürst Bis marck verlas im Allerhöchsten Auftrage die Chronrede.

Die Chronrede lautet: „Geehrte Herren! Ihre Thätigkeit wird in der bevorstehenden Session in erster Linie durch die Fortführung der im Vorjahre begonnenen gesetzlichen Regelung und Ausbildung der gemeinschaftlichen Einrichtungen des Reiches in Anspruch genommen werden. Durch ein Gesez über die Einrichtung und die Befugnisse des Rechnungshofes soll die Controle der Erhebung und der Verwendung der Einnahmen

des Reiches definitiv geordnet und die Behörde, welche mit der Handhabung dieser Controle sowie mit der Vorbereitung der durch den Bundesrath und den Reichstag auszusprechenden Entlastung zu betrauen ist, mit den dazu erforderlichen Befugnissen ausgestattet werden. Der Entwurf eines Militär-Strafgesetzbuches für das deutsche Reich wird Ihnen vorgelegt werden, um die Einheitlichkeit der Heceresinrichtungen auf dem Gebiete des Strafrechtes zum Abschlusse zu bringen und der bereits gewonnenen Einheit des Strafrechtes für das bürgerliche Leben, den vom Reichstage geäußerten Wünschen entsprechend, als Ergänzung hinzuzufügen. Der Entwurf eines zur Regelung der Verhältnisse der Reichsbeamten bestimmten Gesezes, welcher dem Reichstage bereits vorgelegen hat, ist unter Beachtung des Gutachtens der Commission des Reichstages und der inzwischen eingetretenen politischen Veränderungen einer neuen Prüfung unterzogen worden und wird in der danach veränderten Gestalt Ihrer Beschlußfassung unterbreitet werden. Die einheitliche Regelung der Bierbesteuerung innerhalb der Gebiete, welchen die Abgabe von Bier gemeinschaftlich ist, hat Ihre Thätigkeit schon mehrfach in Anspruch genommen, ohne daß es bis dahin gelungen wäre, die dieselben entgegenstehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Eine Ihnen zugehende Gesetvorlage wegen Erhebung der Brausteuern im deutschen Reiche hat den Zweck, die Aufgabe zu lösen und zugleich durch Mitbesteuerung der Malzsurrogate eine dem Interesse der Finanzen sowohl wie des Verbrauchs entsprechende Reform der Braumalzsteuer durchzuführen.

Die erfreuliche Steigerung des Verkehrs und Verbrauches hat die Möglichkeit geboten, in dem Ihnen vorzulegenden Reichshaushalts-Etat für das Jahr 1873 die Einnahme aus den gemeinschaftlichen Verbrauchsausgaben und die Ueberschüsse der Postverwaltung unter Beachtung der bewährten Grundsätze vorsichtiger Veranschlagung höher anzubringen, so daß trotz des in verschiedenen Zweigen der Ausgabeverwaltung hervorgetretenen Mehrbedarfs eine Verminderung der Matricularbeiträge in Aussicht zu nehmen ist. Ein Nachtrag zum Reichshaushalts-Etat für das Jahr 1872 ist bestimmt, neben der Befriedigung einiger anderen nachträglich hervorgetretenen Bedürfnisse die Mittel für Begründung eines statistischen Amtes aufzubringen, welches im Stande sein wird, durch einheitliche wissenschaftliche Bearbeitung der Ergebnisse statistischer Erhebungen im Reiche der Gesezgebung und Verwaltung so wie der wissenschaftlichen Erkenntniß der staatlichen und gesellschaftlichen Zustände wesentliche Dienste zu leisten. Die Verwaltung des Jahres 1871 hat erhebliche finanzielle Ueberschüsse sowohl bei den Steuern als auch bei der Postverwaltung ergeben. Ueber die Verwendung derselben wird Ihnen ebenso wie über die gesetzliche Regelung der Verwendung und Vertheilung der französischen Kriegentschädigung eine Vorlage zugehen. Ueber die durch den Krieg mit Frankreich veranlaßten Ausgaben der Staaten des vormaligen norddeutschen Bundes wird Ihnen, den Bestimmungen der in den Jahren 1870 und 1871 erlassenen Creditgeseze entsprechend, der Reichschäftsbericht erstattet werden.

Die mit der Regierung des Königreiches Portugal seit Jahren gepflogenen Verhandlungen haben am 2ten März d. J. zum Abschluß eines Vertrages geführt, welcher nach dem Vorbilde der mit anderen Staaten abgeschlossenen Handels- und Schiffahrtsverträge die gegenseitigen Verkehrsbeziehungen auf dem Fuße der meistbegünstigten Nationen regelt und, wie zu hoffen, die Grundlage für die Anknüpfungen intimerer und ausgebehnterer Handelsverbindungen zwischen Deutschland und Portugal bilden wird. Der Vertrag wird Ihnen zur Genehmigung vorgelegt werden. Ebenso eine mit den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossene Consularconvention und ein mit Frankreich abgeschlossener Postvertrag, welcher die gegenseitigen postalischen Beziehungen unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des in diesem Wachsthum begriffenen Correspondenzverkehrs regelt. Die Neuordnung und Befestigung der Verhältnisse von Elsaß-Lothringen schreitet in erwünschter Weise vor. Die Schäden des Krieges gehen mit Hilfe der Unterstützung, welche nach dem Geseze vom 14. Juli 1871 aus Reichsmitteln gewährt werden darf, allmählig der Heilung entgegen. Die Grundlagen für die deutsche Verwaltung sind gelegt, die Rechtspflege ist gesichert und die Universalität in Straßburg soll am 1. Mai d. J. ins Leben treten. Für den außerordentlichen Aufwand, welchen die Einrichtung der damit zu verbindenden wissenschaftlichen Institute erheischt, wird auf die Hilfe des Reiches gerechnet werden dürfen. Eine Uebersicht der bisher erlassenen Geseze und allgemeinen Anordnungen so wie über den Gang der Verwaltung des Landes wird entsprechend der Vorschrift des Gesezes vom 9ten Juni vorigen Jahres Ihnen zugehen. Sie werden, geehrte Herren, die Befriedigung theilen, mit welcher die verbündeten Regierungen auf die Ergebnisse des ersten Jahres des neugegründeten deutschen Reiches zurückblicken, und der ferneren staatlichen und nationalen Entwicklung unserer inneren Einrichtungen mit freudiger Zuerstung näher treten. Mit derselben Genugthuung werden Sie die Versicherung entgegennehmen, daß es der Politik Sr. Majestät des Kaisers und des Königs gelungen ist, bei allen auswärtigen Regierungen das Vertrauen zu erhalten und zu befestigen, daß die Macht,



welche Deutschland durch seine Einigung zum Reiche gewonnen hat, nicht nur dem Vaterlande eine sichere Schutzwehr, sondern auch dem Frieden Europa's eine starke Bürgschaft gewährt."

Simson brachte nach Verlesung der Thronrede ein dreimaliges Hoch auf den Kaiser aus, worin die Versammlung begeistert einstimmte.

## Politische Uebersicht.

Kaisbach, 10. April.

Die „Neue Freie Presse“ bringt in ihrer Nummer vom 7. d. eine Rundschau auf die politischen Strömungen und Wandlungen, wie sie in den letzten Decennien in- und außerhalb des österreichischen Kaiserstaates platzgegriffen; sie erörtert die unumwundene stehliche Strömung der Zeit, stellt die fortwirkenden Ergebnisse der von uns selbst miterlebten großen Umgestaltungen synthetisch zusammen und deducirt daraus, daß auch für Österreich die Forderung freier Concentration sich unabwieslich geltend mache, damit es den ihm unter den Mächten gebührenden Platz nach wie vor innebehalte; als Postulat unwiderlegbarer Logik stelle es sich aber im Kaiserstaat so wie anderwärts heraus, daß alle secessionistischen Bestrebungen zunichte werden müssen, wenn nicht das Große und Ganze geschädigt werden solle.

Das „Prager Abendblatt“ beleuchtet in einem längeren Artikel die Action des Ministeriums Auer-Sperg und hebt hervor, daß das Ministerium das volle Vertrauen des Monarchen genießt. Die geradezu ostentative Auszeichnung verfassungstreuer Großgrundbesitzer, die Auflösung des böhmischen Landtages, der Nichtempfang der Koliner stadträthlichen Deputation, endlich die kürzlich erfolgte Berufung zweier regierungsfremdlicher Cavaliere in das Herrenhaus, das seien so viele und unzweideutige Manifestationen der Krone, daß angesichts derselben das perfide Mandat, den Kaiser als im Gegensatz zu seinen Rathgebern befindlich darzustellen, in sein Nichts zurückfallen muß. Ferner sei es ebenso notorisch, daß die Regierung in der Reichsvertretung eine ganz respectable parlamentarische Majorität, die sich in principiellen Fragen bis zur Zweidrittel-Majorität steigert, hinter sich hat, und daß die große Mehrzahl der Landtage — zwölf von siebenzehn — auf ihrer Seite steht. Ein drittes Argument, das für die feste Stellung der gegenwärtigen Regierung spreche, sei einerseits der Erfolg, andererseits die vielseitige Sympathie, welche dieselbe aufzuweisen hat. Ein Budget ohne Deficit, ein gegen jede Secession geschützter Reichsrath, eine sich stetig bessernde Valuta, ein starker Rückhalt an der ungarischen Reichstags-Majorität, endlich ein allseitiges Vertrauen im Auslande, das seien so große und wichtige Errungenschaften, daß nur Leute, die mit politischer Blindheit geschlagen sind, das große Gewicht solcher schlagender Thatsachen negiren können. Eine Regierung, die sich auf solche Argumente stütze, ein System, das solche Erfolge aufzuweisen habe, seien wohl gegen die ohnmächtigen Versuche einer Opposition, die nur zu zerstreuen, aber nicht aufzurichten vermag, hinlänglich und für die Dauer geschützt.

Der Schluß des ungarischen Reichstages soll am 16. April Mittags durch eine Thronrede erfolgen. Samstag ist die letzte Sitzung in der Wahlgesetz-Debatte; Montag werden nur mehr häusliche Angelegenheiten erledigt. Dem Schlußwort des Unterhaus-Präsidenten wird wahrscheinlich auch eine Rede des Minister-Präsidenten folgen. — Die Oppositionsblätter jubeln darüber, daß Sr. Exc. Herr Minister-Präsident Graf von Hay durch die Ungezogenheiten der äußersten Linken verhindert war, die En-bloc-Aannahme des Hauptstadtsgesetzes zu beantragen; dies soll nun in geschlossener Sitzung geschehen. „Ellendr“ sagt, die Linke werde die En-bloc-Aannahme zurückweisen, die schnelle paragraphenweise Verathung jedoch nicht hindern.

In der zu Berlin am 6. d. M. stattgefundenen Plenarsitzung des Bundesrathes sind auch die Beschlüsse der Specialcommission über die Vertheilung der von Frankreich gezahlten Kriegsschadigung den betreffenden Ausschüssen überwiesen worden. Die Commission beantragt, für den norddeutschen Bund 1,076,791 $\frac{1}{2}$  (für Preußen 985,863 $\frac{1}{2}$ , für Mecklenburg 13,286 $\frac{1}{2}$ , für Sachsen 70,838, für Nord-Hessen 6803 $\frac{1}{2}$ ), für Baiern 145,388 $\frac{1}{2}$ , für Württemberg 43,454 $\frac{1}{2}$ , für Baden 37,684 $\frac{1}{2}$ , für Süd-Hessen 18,699 $\frac{1}{2}$  als Verhältnißzahlen der militärischen Leistungen und der Vertheilung anzunehmen.

Nachdem die bayerische Kammer der Abgeordneten den Gesetzentwurf bezüglich der Vervollständigung des Eisenbahnnetzes in der Pfalz — Übernahme einer Zinsgarantie zu 4 $\frac{1}{2}$  Percent für das Baucapital seitens des Staates — in zweiter Verathung angenommen hatte, erledigte sie auch den Gesetzentwurf, „die Verwendung des Antheiles Baierns an der französischen Kriegsschadigung betreffend.“ Es soll dieser Antheil, insoweit nicht bereits gesetzlich hierüber verfügt ist, vorzugsweise zur Befreiung der durch den Krieg 1870—1871 für das Heer erwachsenen Kosten und namentlich zur Heimzahlung der betreffenden Anlehen-E Credite von 59,280,000 und von 4,173,250 fl. verwendet werden. Soferne im Laufe der Jahre 1872 und

1873, nach Deckung der vorerwähnten Anlehen-E Credite, noch weitere Kriegsschadigungsgelder verfügbar werden sollten, wird der Finanzminister ermächtigt, dieselben zur Heimzahlung der 4 $\frac{1}{2}$  percentigen Militär-Anlehen-Schuld von 1855 und 1859 zu verwenden.

Das „Journal de Rouen“ schreibt: „Ein Brief aus London theilt als ganz gewiß mit, daß Napoleon III. mit Leichtigkeit eine Anleihe von 7 Millionen, und nicht 5, wie man behauptete, gemacht hat. Die Operation soll durch eines der bedeutendsten Häuser der City vor sich gegangen sein. — Der Generalrath des Nord-Departements, der zu zwei Dritteln aus Monarchisten besteht, votirte auf Antrag Feslin's eine Zustimmung-Adresse zur republicanischen Regierung von Thiers.“

Die Situation in Spanien ist durch das Ergebnis der Wahlen wenigstens insofern geklärt worden, als über den Willen der übergroßen Mehrheit der Nation, den König Amadeus auf dem Thron beider Castilien erhalten zu sehen, fortan ein Zweifel kaum mehr möglich ist. Die Wahlen sind so überwiegend zu Gunsten der Regierung ausgefallen, daß dieselbe mit diesem Verdict des Nationalwillens vollständig zufrieden sein kann, und nachdem vom Könige selbst bei der Auflösung der Cortes der Neuwahl die Bedeutung eines Plebiszits beigelegt worden, wird auch die Dynastie in dem Ausfall desselben eine neue feierliche Bestätigung der Huldigung erblicken, mit welcher König Amadeus bei seinem Erscheinen auf spanischem Boden begrüßt worden war.

Dem Vernehmen nach soll der türkische Finanzminister seine Demission gegeben und der Großvezier die Leitung des Finanzministeriums übernommen haben.

Der Jahrestag der Unabhängigkeit Griechenlands wurde am 8. d. feierlich begangen. Vor der Universität wurde das Standbild des Patriarchen Gregor im Beisein des Königs und der Königin und des Großherzogs von Mecklenburg enthüllt. Es wurden mehrere Reden gehalten, welche jubelnd aufgenommen wurden.

## Tagesneuigkeiten.

— Der König und die Königin von Dänemark, der Prinz und die Prinzessin von Wales haben am 8. d. Rom verlassen.

— (Personal-Nachricht.) Herr Otto Graf von und zu Fünfskirchen, Freiherr v. Steinabrunn, erbliches Mitglied und zweiter Vice-Präsident des Herrenhauses, ist am 6. d. M. um halb 11 Uhr Nachts nach langer Krankheit im 72. Lebensjahre in Wien gestorben.

— (Coupons-Escomptirung.) Die k. k. Staatsschuldentasse in Wien ist angewiesen, vom 9. d. an die am 1. Mai 1872 fällig werdenden Coupons der Rentenrente und des Lotto-Anlehens vom Jahre 1860 bei deren Präsentation gegen Abnahme von 5percentigen Zinsen zu escomptiren.

— (Die Einführung von Zwillichosen) für die Mannschaft der Linien-Infanterie, Jäger, Cavalerie, des Militär-Zuversens-Corps und der Sanitätstruppe zum Tragen bei kleineren Uebungen, sowie zum Turnen, Scheibenschießen und in der Kaserne soll höchstens bereits bewilligt sein.

— (Grazer Neuigkeiten.) Der k. k. O. M. Herr Josef Veranek Ritter v. Bernhorst und der k. k. Oberlieutenant Herr Johann Swoboda sind am 8. d. in Graz gestorben. — Dem Vernehmen nach haben sich beim Stadtrath in Graz jetzt schon an 800 Familien aus Wien angemeldet, die durch die Dauer der Weltanschauung in Graz Wohnung nehmen wollen.

— (Der „Peterspennig“.) Aus guter Quelle erklärt die „Spener'sche Zeitung“, daß der Peterspennig seit dem Jahre 1850 durchschnittlich sechzig Millionen Francs jährlich eingebracht hat.

— (Großer Unglücksfall.) Bei dem Wettrennen in Bridgworth stürzte eine Tribüne ein, wodurch 150 Personen verwundet wurden.

## Locales.

### Auszug

aus dem Protokolle der ordentlichen Sitzung des k. k. Landesschulrathes für Krain in Laibach, abgehalten am 26. März 1872 unter dem Vorsitze des k. k. Landespräsidenten Carl von Wurzbach in Anwesenheit von 7 Mitgliedern.

Der Herr Vorsitzende eröffnet die Sitzung und läßt die seit der letzten Sitzung erledigten Geschäftsstücke mittheilen.

Es kommt sodann der dem Herrn Minister für Cultus und Unterricht vorzulegende Inspectionsbericht über die hiesige Bildungsanstalt für Lehrer sammt Uebungsschule und jene für Lehrerinnen zum Vortrage. Der daran geknüpfte Antrag, die gegenwärtigen Localitäten der Lehrerinnenbildungsanstalt zu künden und passendere Räumlichkeiten für deren Unterbringung zu mietzen, wird angenommen und beschlossen, im Wege commissioneller Erhebung die Ermittlung geeigneter Localitäten einzuleiten. Ferner wird beschlossen, beim k. Ministerium die Bewilligung eines Betrages von 400 fl. zur Anschaffung notwendiger Lehr-

mittel an der Lehrerinnenbildungsanstalt, eines gleichen Betrages, wie im Vorjahre, für die Lehrerbildungsanstalt; endlich die Bewilligung einer technischen Lehrkraft für letztere und auf Ermächtigung zur Ausschreibung einer eventuell zweier Hauptlehrerstellen für erstere Bildungsanstalt zu beantragen.

Weiters wird wegen Errichtung einer einklassigen Uebungsschule an der Lehrerinnenbildungsanstalt der Antrag dem Ministerium zu unterbreiten beschlossen.

Das Gesuch des Bischoflicher Ursulinen-Convenges um Erwirkung des Doffentlichkeitsrechtes für die demselben unterstehende Mädchenvolksschule wird befürwortend dem k. Ministerium vorgelegt.

Sodann wird beschlossen, die Prüfungstage für Lehramtskandidaten in rücksichtswürdigen Fällen, wie im Vorjahre, so auch im Apriltermine l. J., auf die Hälfte des Betrages zu ermäßigen, ferner den Uebungsschullehrern die vom k. Ministerium für Auflassung des Nachschundenunterrichtes bewilligte Aushilfe flüssig zu machen.

Mehreren Schülern der Uebungsschule wird die von der dortigen Direction beantragte Befreiung von der Entrichtung des Schulgeldes bewilligt;

der Lehrerposten in Feistritz in der Woche in über Präsentation dem Jakob Menzinger verliehen.

Mehreren Schülern des hiesigen Gymnasiums und der Realschule, sowie des Rudolfswerther Realschulgymnasiums wird die angesuchte Befreiung vom Schulgelde, bezüglich Befreiung derselben, bewilligt und die Ausschreibung dreier Lehrstellen an letzterem Gymnasium beschlossen.

Die vom k. Ministerium für die Mitglieder der Prüfungscommission für allgemeine Volks- und Bürgerschulen bewilligte Remuneration wird mit Rücksicht auf Zeitaufwand und Mühewaltung unter die Commissionsmitglieder vertheilt.

Der Bericht des Bezirksschulrathes Rudolfswerth betreffs des Schulhausbaues in Sagroz wird zur Kenntniß genommen.

Der Antrag des Bezirksschulrathes Gottschee auf Bestellung eines Baupinspicienten für den Schulhausbau in Stalzen wird genehmigt.

Über das Gesuch der Gemeinde Sagroz um Umwandlung der dortigen Nothschule in eine öffentliche Volksschule wird beschlossen, vorläufig auf Erhöhung des Localeinkommens des Lehrers und Entfertigung der Einkünfte-Passion zu wirken, wozu dem Ansuchen der Gemeinde entsprochen und dem Lehrer eine Aushilfe von 60 Gulden aus dem Normalhulfsfonde bewilligt werden könnte.

Im Gegenstande der Errichtung einer directivmäßigen Volksschule für die Gemeinden Ober- und Unterschischka wird beschlossen, unter Vorbehalt der Gemeinde Oberschischka mit Rücksicht auf deren für den Schulbau in St. Veit vor einigen Jahren erfolgte Concurrenzleistung seinerzeit einen Normalhulfsfondebeitrag zu bewilligen; die baldige Herstellung der Schule in Schischka den betreffenden Gemeinden zur angelegentlichsten Pflicht zu machen.

Für die Lehrerdotation in Waihan wird ein entsprechender Beitrag aus dem Normalhulfsfonde beim Landesauschusse in Antrag gebracht.

Schließlich werden mehreren Volksschullehrern Aushilfen aus dem Normalhulfsfonde bewilligt.

### Launsdorf-Lack-Triest.

Die Triester Handels- und Gewerbekammer hat sich in ihrer am 4. d. M. abgehaltenen außerordentlichen Sitzung abermals in eingehender Weise mit der projectirten Linie Launsdorf-Lack-Triest beschäftigt. Wir wollen aus dem bezüglichen Protokolle mehrere Stellen mittheilen:

Dr. Levy beantragt, daß vor endgültiger Beschlußfassung über die beiden Projecte Predil und Launsdorf-Lack die Vollenbung der Studien über die Linie Lack-Launsdorf abzuwarten wäre, für welche letztere die Kammer einen Beitrag widmete; Redner wünscht in der abzufassenden Denkschrift die Nothwendigkeit hervorgehoben zu sehen, daß auch dieses Elaborat vorliege, bevor eine für unser Geschick so entscheidende Frage zur Lösung kommt. Die Regierung wird die Studien beendet haben, und auch das Consortium wird nicht zögern, die seinigen abzuschließen. Die von einander so abweichenden Ansichten über die Zweckmäßigkeit beider Linien machen dies unerlässlich. Der Redner bemerkt weiter, es sei von maßgebender Seite versichert, die Vollenbung der beiden Projecte abwarten zu wollen. Ueberdies legt die in der öffentlichen Meinung zum Ausdruck gekommene Ansicht, daß eine der beiden Linien vortheilhaft, die andere aber verderblich sein könne, gebieterisch eine solche Zurückhaltung auf. Wer die für den Predil sprechenden und diese Linie verteidigenden Broschüren unparteiisch lese und prüfe, müsse schwanken, da er von anderer Seite erklären höre, daß die Linie Launsdorf-Lack nicht nur möglich, sondern sogar vortheilhaft sei. Er, der im technischen Fache nicht competent, habe sich zu unterrichten gesucht und erfahren, daß die in jener Schrift angeführten Berechnungen eine ganz verschiedene Linie betreffen. Deshalb ist es seine Absicht und sein lebhaftester Wunsch, es ist für ihn Gewissensdrang, die Nothwendigkeit der erwähnten Vergleichen zu betonen, bevor eine Frage von solcher Wichtigkeit entschieden wird. Der Predil war eine gute Idee, als es sich um die Ponteiba handelte, als man den Bodensee ins Auge faßte; jetzt aber, da Italien so viele Wege eröffnet hat, den Gottthardt und den Splügen, zählt die Richtung gegen den Bodensee sehr wenig. Im Norden liegt unser Ziel, und wenn die Lack-Linie sich geeignet zeigte, uns dem Norden näher zu bringen als andere, müßte man sich an sie



halten; wenn jedoch die darauf bezüglichen Voraussetzungen sich als irrig darstellen, dann werden wir uns anderen Beschlüssen unterwerfen; bei der heutigen Ungewissheit aber, die es möglich erscheinen läßt, daß der Predil-Triest zum Verderben gereiche, obliegt uns die Pflicht, auf die bereits eingeleiteten Studien hinzuweisen und deren Ergebnis abzuwarten.

Offenheimer betont: Der Unterschied weniger Meilen zwischen Tarvis-Predil-Triest von einer und Laibach-Triest von der andern Seite ist von geringerer Wichtigkeit als etwa der Mangel einer Concurrenzlinie, und die Kammer wird sich gewiß immer dahin aussprechen, daß sie dem gegenwärtigen Projecte jede andere Linie vorzöge, wenn dieselbe nur geeignet ist, sie von dem Monopole der Südbahn zu befreien.

Topali hebt hervor: Wir haben den Beschluß zu Gunsten der Predilbahn geerbt und haben zu den Studien über die Lader Bahn beigetragen. Heute zwingen uns die Verhältnisse, uns zu entscheiden. Das Municipium hat sich bereits für Laib ausgesprochen, so daß sie, wenn sie wollen, diese Linie studieren werden. Im Hinblick auf die äußerste Dringlichkeit der Sache bleibt uns nichts übrig, als die Anträge der Deputation zu genehmigen. Die Absendung einer besondern Deputation an Se. Majestät den Kaiser wird nicht durch die bei anderen Anlässen in diesem Saale gehörte Behauptung bekämpft werden, daß die Zeit der Deputationen vorüber sei. Niemand besser als der Monarch kann, über die Leidenschaften erhaben, einen dem Rechte und der Billigkeit entsprechenden Beschluß fassen. Der Monarch allein vermag unparteiisch zu entscheiden, weil er die Tagesströmungen beherrscht und seine Stimme in die Waagschale werfen kann, um der gerechten Sache den Sieg zu verschaffen.

Die Wahl der nach Wien zu sendenden Abgeordneten wurde einstimmig auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.

(Feuerwehr-Übung.) Sonntag, den 14. d. M., um halb 7 Uhr früh wird beim Südbahnhofe eine Hauptübung der Feuerwehr stattfinden. Bei derselben werden die Vöschapparate der Feuerwehr, die Bahnhofspritze und eine neue von Herrn Samassa angefertigte Spritze in Action treten; insbesondere wird die Leistungsfähigkeit der letzteren geprüft werden. Der Feuerwehrübung werden auch mehrere Gemeinde-Insassen aus Domjale, welche Ortschaft bekanntlich vor kurzem eine kleine Spritze geschenkt erhielt, beizuwohnen, um sich über die zweckmäßige Handhabung der verschiedenen Vöschapparate zu informieren.

(Rohrschützen-Gesellschaft.) Am 28ten v. M. fand die diesjährige Generalversammlung der hiesigen Rohrschützen-Gesellschaft statt. Oberschützenmeister Dr. v. Stöckl eröffnete dieselbe mit einer Ansprache an die Schützen, in welcher er die günstigen materiellen Verhältnisse der Schützenlade betonte und zur erfreulichen Kenntniß brachte, daß nur ein Rohrschütze aus dem Verbands der Gesellschaft trat, hingegen Eintritt neuer Mitglieder in Aussicht ständen. Des weitern constatirte derselbe, daß die Vorarbeiten zum Baue einer neuen Schießstätte auf Weidstanz eifrig betrieben werden, daß er jedoch nicht in der Lage sei, schon gegenwärtig definitives darüber mitzutheilen. Hierauf erstattete Untersützenmeister Laßnik den Rechenschaftsbericht, der einen activen Kassereist der Schützenlade von 319 fl. 98 kr. 6. W. ausweist. Dem Untersützenmeister wurde für die genaue und mühevollen Verwaltung der Schützenlade der Dank der Versammlung ausgesprochen und die Schützen C. J. Stöckl und Regorzel zu Verificatoren gewählt. Nachdem die von der Schützenvorstellung gestellten Anträge über die heurigen Kranzschießen und das Eröffnungsschießen, sowie Separatanträge der Mitglieder von der Versammlung angenommen waren, wurde zur Neuwahl der Schützenvorstellung geschritten. Einstimmig wurden gewählt zum Oberschützenmeister: Dr. Emil Ritter v. Stöckl, der nun das sechzehnte Jahr als Vereinsvorstand fungieren wird; zum Untersützenmeister Peter Laßnik, zum Bannerführer Karl Raudić, zu Adjuncten C. J. Stöckl, J. Lorenzi, F. Doberlet und Th. Tschinkel; sämmtliche schon durch eine

Reihe von Jahren Mitglieder der Schützenvorstellung. — Wegen nothwendiger Herstellungen am hiesigen l. l. priv. Schießstande kann das Eröffnungsschießen heuer erst am 21. d. M. stattfinden. Möge dieser schöne Verein kräftig gedeihen und jene allgemeine Theilnahme ihm gesichert bleiben, die er dem alleinigen Zwecke: Übung mit der Schießwaffe und geselliges Vergnügen, nach sich zieht, möge derselbe durch Eintracht der Schützen immer mehr gefördert werden.

(Die Pester Singspielgesellschaft) — Herr Corini mit 2 Sängern und 1 Komiker — macht im Hotel Elefant gute Geschäfte. An zwei Abenden fanden bei vollständig besetzten Räumen Productionen statt; es werden solche auch heute, am Freitag und Samstag stattfinden. Das Programm besteht aus heiteren Liedern, komischen Scenen und pikanten „Wiener Volksgelegenheiten“, welche insbesondere mit großem Beifall aufgenommen werden.

(Ein slovenischer Central-Verein), aus 50 Ausschuß-Mitgliedern bestehend, soll nach dem Antrage des „Slov. Narod“ in Laibach constituirte werden, der in allen slovenischen Gegenden Filialen zu gründen und „nationale Agitation“ zum Zwecke hätte. Wir bezweifeln vorläufig das Zustandekommen und die Zulässigkeit eines solchen Vereines.

(Der Spar- und Vorschußverein für Südbahnbedienstete) in Wien hat am 30. März 1872 seine 9. ordentliche General-Versammlung abgehalten. Die Zahl der Mitglieder beträgt 1477, gegen das Jahr 1870 eine Vermehrung um 225. Die Capitals-Einlagen sind gestiegen von 97.815 fl. 19 kr. auf 122.293 fl. 33 kr., Vorschüsse wurden begeben 925. Der Umsatz im Vorschuß-Conto betrug 291.584 fl. 20 kr. Ende 1871 blieben als Vorschüsse ausstehend 155.921 fl. 43 kr. Die Dividende wurde mit 9 1/2 % festgestellt. Zum Obmann wurde nahezu einstimmig gewählt: Herr Franz Domenege, Ober-Inspector. In den Verwaltungs-Ausschuss wurden gewählt die Herren: Andreas Hofmann von Aspernburg und Adolf Lausch (Wiederwahl), Adolf Lechle und Friedrich Groß (Neuwahl). — Zu Ersatzmännern wurden gewählt die Herren: Stefan Kridl, Johann Schmidt, Anton Müller und Franz Stumm.

#### Eingefendet.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten, Revalesciere Du Barry von London.

Allen Leidenden Gesundheit durch die delicate Revalesciere du Barry, welche ohne Anwendung von Medicin und ohne Kosten die nachfolgenden Krankheiten beseitigt: Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberculose, Schwindsucht, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Blutandrang, Ohrenrauschen, Uebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht. — Auszug aus 72.000 Certificaten über Genesungen, die aller Medicin widerstanden: Certificat Nr. 48421.

Reusab, Ungarn.

Seit mehreren Jahren schon war meine Verdauung stets gestört; ich hatte mit Magenübeln und Verschleimung zu kämpfen. Von diesen Uebeln bin ich nun seit dem vierzehntägigen Genuß der Revalesciere befreit.

J. L. Sterner, Lehrer an der Volksschule.

Gasen in Steiermark, Post Vitzfeld, 19. November 1870. Hochgeehrter Herr! Mit Vergnügen und pflichtgemäß beständige ich die glänzende Wirkung der Revalesciere, wie sie von vielen Seiten bekannt gemacht worden ist. Dieses vortreffliche Mittel hat mich von entsetzlichen Athembeschwerden, beschwerlichem Husten, Blähgasen und Magenkrämpfen, woran ich lange Jahre gelitten habe, ganz vollständig befreit.

Vincenz Staining, pensionirter Pfarrer.

Nachhafter als Fleisch, erspart die Revalesciere bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.

In Blechbüchsen von 1 Pfund fl. 1.50, 1 Pfund fl. 2.50, 2 Pfund fl. 4.50, 5 Pfund fl. 10, 12 Pfund fl. 20, 24 Pfund fl. 36. Revalesciere Chocolatée in Pulver und in Tabletten für 12 Tassen fl. 1.50, 24 Tassen fl. 2.50, 48 Tassen fl. 4.50, in Pulver für 120 Tassen fl. 10, für 288 Tassen fl. 20, für 576 Tassen fl. 36. Zu beziehen durch Barry du Barry & Comp. in Wien, Wallfischgasse Nr. 8, in Laibach Ed. Mahr, in Marburg J. Kolletzig, in Klagenfurt P. Birnbacher,

in Graz Gebrüder Oberranzmahr, in Innsbruck Diehl & Frank, in Linz Haselmayer, in Pest Lörst, in Prag J. Fürst, in Brunn K. Ober, sowie in allen Städten bei guten Apothekern und Specereihändlern; auch versendet das Wiener Haus nach allen Gegenden gegen Postanweisung oder Nachnahme.

#### Neueste Post.

Pest, 9. April. Ueber die Kaiser-Reise nach dem Banat erfährt der „Pester Lloyd“ folgende Details: Am 18. d. begibt sich der Kaiser auf einige Tage nach Schönbrunn, kehrt aber Anfangs Mai hierher zurück.

Pest, 10. April. Das Gesamtministerium wurde heute vom Kaiser und von der Kaiserin empfangen und brachte seine Glückwünsche dar. Die Reise des Kaisers nach dem Banat erfolgt am 4. Mai.

Prag, 9. April. (D. Z.) Ein Gerichts-Senatsbeschluss verfügte Strejchowsky's Verhaftung, muthmaßlich wegen Hochverraths. Strejchowsky sucht die Rücknahme des Haftbefehls beim Oberlandesgerichts-Präsidenten zu erwirken.

#### Telegraphischer Wechselkurs

vom 10. April.

Spec. Metalliques 63.95. — Spec. National-Anlehen 69.85. — 1850er Staats-Anlehen 101.75. — Bank-Aktion 831. — Credit-Aktion 336.75. — London 110.40. — Silber 108.35. — R. t. Münz-Ducaten 5.29. — Napoleon d'or 8.85.

#### Handel und Volkswirtschaftliches

Laibach, 10. April. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 3 Wagen mit Getreide, 5 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 49 Str., Stroh 35 Str.), 22 Wagen und 2 Schiffe (11 Klaster) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

	Wt.	Wt.		Wt.	Wt.
	fl.	kr.		fl.	kr.
Weizen pr. Metzen	6 40	7 —	Butter pr. Pfund	— 45	—
Korn	4 —	4 47	Eier pr. Stück	— 2 —	—
Gerste	3 40	3 54	Milch pr. Maß	— 10 —	—
Hafer	2 —	2 20	Rindfleisch pr. Pfd.	— 22 —	—
Halbschmalz	—	5 32	Kalbsteisch	— 27 —	—
Heiden	4 —	4 —	Schweinefleisch	— 25 —	—
Hirse	3 40	3 46	Schöpfenfleisch	— 18 —	—
Kukuruz	4 40	4 63	Hühner pr. Stück	— 45 —	—
Erbsen	2 50	—	Lanben	— 15 —	—
Linzen	6 20	—	Heu pr. Centner	1 30	—
Erbsen	6 20	—	Stroh	1 15	—
Risolen	6 10	—	Holz, hart, pr. Rst.	— 6 60	—
Rindschmalz	58 —	—	weiches, 22"	— 5 —	—
Schweinefleisch	— 46 —	—	Wein, roth, Cimer	— 14 —	—
Speck, frisch	— 38 —	—	weicher	— 12 —	—
— geräuchert	— 42 —	—			

#### Angewandte Fremde.

Am 9. April.

Elefant. Jugrisch, Kaufm., Bodenbach. — Johann Vandonin de Courtenay, Professor der Universität, Petersburg. — Pollak; Prokasta, Ingenieur; Rischolzer, Comptoirist, Wien. — Zbarsky, Werksbeamte, Weissenfels. — Bivante, Kinder, Pianist, Triest. — Frau Dočvar, Gurtsfeld.

Stadt Wien. Heller, Kaufm., Töplitz. — Kolisch, Kaufm., Mähren. — Devilaqua, Verona. — Petersen, Kaufm., Glessburg. — Oederlo, Dr. med., Idria. — Holzer, Doctor der Medicin, Samobor. — Gläbcher, Reisender, Wien. — Frau Koller, Krainburg.

Mohren. Faleschini, Rovere, Rastatt.

Sternwarte. Schachl, Werksverwalter; Posnigg, Werksbeamte, Weissenfels. — Kalic, Steueramtsbeamte, Tschernembl.

#### Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

April	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Witterungsbezeichnung	Niederschlag in Millimetern
9	6 U. Mg.	731.33	— 0.3	Windstille	Nebel	0.00
9	2 U. N.	732.73	+ 12.6	NRD. 3 fl. größt. bew.		
10	Ab.	737.13	+ 8.8	NRD. 3 fl. 3. Hälfte bew.		

Sternenhelle Nacht. Starker Reif. Morgennebel Tagüber wechselnde Bewölkung, windig, empfindlich kalt. Das Tagesmittel der Wärme + 7.0°, um 2.0° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmohr.

**Börsenbericht.** Wien, 9. April. Die Börse war entschieden fester gestimmt als gestern. Das zeigte sich in dem Unterbleiben weiterer Rückgänge und dem sprunghaften Übergehen einiger Preise doch nicht beträchtlich zu heben, da man angesichts der Erscheinungen des gestrigen Tages Vorsicht noch für geboten erachtete.

A. Allgemeine Staatsanleihe.			Wiener Communalanleihe, rückz. Geld Waare			Geld Waare			Geld Waare		
für 100 fl.			zahlbar 5 pCt. für 100 fl.			für 100 fl.			für 100 fl.		
Einheitliche Staatsanleihe zu 5 pCt.:			D. Aktien von Bank-Instituten.			Franz-Josephs-Bahn			Siebenb. Bahn in Silber verz.		
in Noten verzinst. Mai-November			Geld Waare			Lemberg-Gr.-Jassyer-Bahn			Staatsb. G. 3%, a 500 Kr. „l. Em.		
64 10	64 20		Anglo-östr. Bank	322 —	322 50	466 —	468 —		131 —	131 50	
64 10	64 20		Bankverein	310 —	311 —	177 25	177 75		112 —	112 50	
70 —	70 10		Bank-Creditanstalt	—	—	184 —	185 —		95 —	95 50	
70 —	70 10		Bank-Creditanstalt f. Handel u. Gew.	348 50	339 —	382 —	383 —		84 50	84 80	
313 —	314 —		Bank-Creditanstalt, allgem. ungar.	158 —	160 —	199 30	199 50				
92 50	93 50		Bank-Creditanstalt, n. d.	965 —	970 —	187 —	187 50				
102 —	102 25		Bank-Creditanstalt, n. d.	141 25	141 50	275 —	276 —				
123 —	124 —		Bank-Creditanstalt, n. d.	—	—	167 —	168 —				
147 —	147 25		Bank-Creditanstalt, n. d.	251 50	252 —	148 —	148 50				
118 —	118 50		Bank-Creditanstalt, n. d.	836 —	838 —	289 —	289 50				
96 50	97 —		Bank-Creditanstalt, n. d.	314 —	314 50						
76 25	76 50		Bank-Creditanstalt, n. d.	145 50	149 —						
94 —	94 —		Bank-Creditanstalt, n. d.	205 —	205 50						
78 —	78 50		Bank-Creditanstalt, n. d.								
90 —	91 —		Bank-Creditanstalt, n. d.								
82 25	82 50		Bank-Creditanstalt, n. d.								
97 —	97 50		Bank-Creditanstalt, n. d.								
109 —	109 25		Bank-Creditanstalt, n. d.								
107 —	107 25		Bank-Creditanstalt, n. d.								